

die Häftlinge Zwangsarbeit leisten mussten, etwa bei den Rax-Werken in Wiener Neustadt, den Saurer-Werken in Wien oder den Reichswerken „Hermann Göring“ in Linz. Nun waren diese Orte zum Teil wieder normale Betriebsstätten und damit einer öffentlichen Nutzung weitgehend entzogen. Die Bereitschaft der Firmen, hier Gedenksteine zuzulassen oder gar zu fördern, war in den ersten Nachkriegsjahrzehnten gering. Noch in den 1980er Jahren weigerte sich etwa die Zipfer-Brauerei im oberösterreichischen Redl-Zipf, auf ihrem Gelände eine von ehemaligen französischen Deportierten und einer lokalen Initiative geforderte Gedenktafel für das zur Produktion von Raketentreibstoff eingerichtete KZ Schlier aufstellen zu lassen, obwohl zwischen der damals stillgelegten Brauerei und dem Häftlingseinsatz kein rechtlicher Zusammenhang bestand.<sup>775</sup> Der Konflikt erregte nicht zuletzt wegen eines Interviews mit dem Pensionisten Karl Guschlbauer Aufsehen. Der ehemalige Kommandant einer Wehrmachtskompanie, die zur Bewachung des Konzentrationslagers eingesetzt war und später stellvertretende Direktor der Brauerei Zipf, im ORF-Interview danach gefragt, warum er nie über diese Ereignisse rede, meinte:

„Weil ich ehrlich gesagt keinen Grund gehabt hab, wozu, ich mein es ist ja für eine Biermarke, ich bin ja Biervverkäufer, auch wenn ich schon in Pension bin, muß ich immer noch an den Schutz meiner Biermarke denken, weil ich könnte mir, unter Umständen, wenn das falsch verstanden wird, es wird ja nicht immer alles so verstanden wie man es sagt, nicht, aber wenn das falsch verstanden wird, kann ich unter Umständen meiner Biermarke sehr schaden.“<sup>776</sup>

Erst zwei Jahre später, am 9. Mai 1985 kam es, finanziert vom Innenministerium, dem KZ-Verband und der Gemeinde Neukirchen, zur Aufstellung eines Denkmals für die Opfer des KZ Schlier, allerdings außerhalb des Brauereigeländes.<sup>777</sup>

Einzelne Lager, wie Klagenfurt<sup>778</sup>, Melk oder Schönbrunn, befanden sich auf dem Gelände von Kasernen, die nach dem Krieg weiter genutzt und in den 1950er Jahren vom Bundesheer übernommen wurden. Die Areale abseits gelegener ehemaliger Außenlager waren in den 1950er Jahren zum Teil verwildert, ihre Spuren von der Natur begraben, in anderen Fällen war ihre Verortung durch Schleifung und nachfolgende Überbauung nur mehr schwer möglich.

Manche wichtige, maßgeblich durch KZ-Zwangsarbeit geschaffene Bauwerke wurden nach dem Krieg fertig gestellt und in Österreich dem Wiederaufbau zugeschrieben. Beispiele dafür sind der Loibl-Tunnel zwischen Kärnten und Slowenien, der vor allem als eine Möglichkeit wahrgenommen wurde, schneller an die Urlaubsorte an der jugoslawischen Küste zu kommen<sup>779</sup>, oder das Laufkraftwerk Großraming an der Enns, das auf dem Spielplan der österreichischen Nachkriegsausgabe des Brettspiels „DKT“ („Das kaufmännische Talent“) als „elektr. Kraftzentrale“ den wirtschaftlichen Fortschritt symbolisierte und für die heranwachsende Generation dessen Entstehungsgeschichte noch einmal völlig ausblendete.<sup>780</sup> Die mit KZ-Häftlingen zu einer unterirdischen Flugzeugfabrik für den so genannten Heinkel-Volksjäger ausgebaute Seegrotte Hinterbrühl südlich von Wien (ursprünglich ein Gipsbergwerk, ab 1932 Schaubergwerk), wurde wieder als Touristenattraktion eröffnet und wirbt heute damit, Europas „größter unterirdischer See“ zu sein.<sup>781</sup>

Besonders kriegswichtige von KZ-Häftlingen geschaffenen Bauwerke, wie die großen unterirdischen Fabrikanlagen in Ebensee, St. Georgen an der Gusen und Melk, (kleinere

Anlagen in Peggau und Aflenz und wurden zum Teil durchgemacht. Die lokale Bevölkerung machte manche Stollen dienen später die anwohnenden Jugendliche

Die Bündelung des Gedenks in Österreich im Lager Mauthausen. Die ehemaligen KZ-Häftlinge schon an den Orten der ehemaligen Anlagen, die die Erinnerung, dass ein großer Teil der dortigen Häftlinge gestorben war. Vor allem in Wien und Melk, waren von Anfang an für einzelne Angehörige von Familien, die in Denkmalsetzungen beschränkt wurden. 1949 in den im Rahmen von Gedenkstätten in Ebensee jeweils Stelen mit Familienangehörigen auch bei anderen Anlagen. Die Amicale die einzigen Erinnerungsorte in Linz III, manchmal wurden sie ergänzt. An anderen Orten waren sie nicht aktiv, so wie etwa in Ebensee bei den Italienern.

Dort, wo schon relativ frühzeitig etwa am Ort des ehemaligen Lagers das Gedenken weitgehend entfallen war. So beginnt der Text der von den getöteten Häftlingen des Lagers

„Hier ruhen 82 Tote. 1944–1945 wissen nur: sie haben Namen. In Mauthausen gekommen.“

Dieser Text wurde auch bei einem anderen Anschlag zerstört worden. Von Texten, die wenig konkret sind, die österreichische Gedenksteine beschreiben, das Lager Linz III zeigt.

Die Amicale de Mauthausen nach der Befreiung ein Denkmal an einen Ort zu markieren, der in der Nähe Platz hatte und dessen Spuren nicht mehr das, gemessen an der Häftlinge Territorium zu erinnern, war in der Vorgängerfirma „Reichswerke“ leisteten, ein großes Anliegen.

Anlagen in Peggau und Aflenz bei Leibnitz) waren in der Regel zunächst nicht zugänglich und wurden zum Teil durch gezielte Sprengungen der Alliierten militärisch unbrauchbar gemacht. Die lokale Bevölkerung nutzte die verbliebenen Überreste der Rüstungsproduktion, manche Stollen dienten später zur Champignonzucht oder auch als Abenteuerspielplätze für die anwohnenden Jugendlichen.

Die Bündelung des Gedenkens an die verstorbenen KZ-Häftlinge durch die Republik Österreich im Lager Mauthausen führte vor allem bei den ausländischen Verbänden ehemaliger KZ-Häftlinge schon Ende der 1940er Jahre zu Bemühungen, Erinnerungszeichen an den Orten der ehemaligen Außenlager zu errichten. Sie trugen damit der Tatsache Rechnung, dass ein großer Teil der Angehörigen ihrer Nationen nicht im Hauptlager Mauthausen verstorben war. Vor allem die großen Lager, neben dem KZ Gusen die Lager Ebensee und Melk, waren von Anfang ein wichtiger Bezugspunkt für viele Opferverbände, aber auch für einzelne Angehörige von Opfern dieser Lager und wurden ab 1945 häufig besucht. Von der in Denkmalsetzungen besonders aktiven französischen Amicale de Mauthausen wurden 1949 in den im Rahmen von Pèlerinages besuchten großen Außenlager Gusen, Melk und Ebensee jeweils Stelen mit französischen Inschriften errichtet, später folgten Denkmalsetzungen auch bei anderen Außenlagern wie Steyr.<sup>782</sup> Manchmal blieben diese Gedenksteine der Amicale die einzigen Erinnerungszeichen am Ort des Geschehens, wie etwa beim Lager Linz III, manchmal wurden sie bald durch Denkmäler anderer nationaler Opferverbände ergänzt. An anderen Orten wiederum waren Einzelpersonen bei ersten Denkmalsetzungen aktiv, so wie etwa in Ebensee Hilda Lepetit, die Frau eines dort ums Leben gekommenen Italieners.

Dort, wo schon relativ früh Denkmäler von österreichischer Seite angebracht wurden, so etwa am Ort des ehemaligen Außenlagers Hinterberg bei Peggau in der Steiermark, wurde das Gedenken weitgehend enthistorisiert und damit in das lokale Totengedenken integrierbar. So beginnt der Text der von der Gemeinde Peggau 1955 errichteten Gedenktafel für 82 getötete Häftlinge des Lagers mit den Worten:

„Hier ruhen 82 Tote. 1944–1945. Man kennt nicht ihre Namen, nicht ihre Heimat, wir wissen nur: sie haben Namenloses erlitten, sie waren aus dem Konzentrationslager Mauthausen gekommen.“<sup>783</sup>

Dieser Text wurde auch beibehalten, nachdem das Denkmal 1983 durch einen rechtsextremen Anschlag zerstört worden war und deshalb neu errichtet werden musste.<sup>784</sup> Die Wahl von Texten, die wenig konkrete historische Information enthielten, war aber nicht auf österreichische Gedenksteine beschränkt, wie das Beispiel des französischen Gedenksteines für das Lager Linz III zeigt.

Die Amicale de Mauthausen sammelte Mitte der 1960er Jahre Geld, um 1966, 21 Jahre nach der Befreiung ein Denkmal für die Opfer des Lagers Linz III zu errichten und damit einen Ort zu markieren, der im kollektiven Gedächtnis Österreichs zu dieser Zeit keinen Platz hatte und dessen Spuren sich durch den Abriss der Baracken zu verlieren drohten. An das, gemessen an der Häftlingszahl, fünftgrößte Konzentrationslager auf österreichischem Territorium zu erinnern, war in dieser Zeit weder der Stadt Linz noch der VOEST, bei deren Vorgängerfirma „Reichswerke Hermann Göring“ die Häftlinge dieses Lagers Zwangsarbeit leisteten, ein großes Anliegen.<sup>785</sup>

Der am Rand des VOEST-Geländes im Stadtteil Klein-München aufgestellte Stein trägt eine Inschrift auf Französisch und Deutsch:

„1944–1945 war hier ein Zweiglager des Nazi-KZ Mauthausen. Ungezählte Deportierte aller Länder ließen ihr Leben für die Freiheit der Menschen.“

Das beredte Schweigen dieses Denkmals ist kein Zufall, wenn auch die Gründe für diese Textwahl wo anders als im Fall des Peggauer Gedenkstein zu suchen sein dürften. Der zurückhaltende Text auf dem Gedenkstein war wohl nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass ehemalige Häftlinge an jenem Ort, an dem sie drangsaliert worden waren, keine Debatte über Schuld und Verantwortung auslösen wollten, die die Denkmalaufstellung gefährdet hätte.<sup>786</sup> Die Aufstellung des Gedenksteins am Ort des Geschehens, seine Nichtorientierung an der Erinnerungstopographie der Stadt Linz verweist darauf, dass die ehemaligen Häftlinge auch nicht davon ausgingen, ein Denkmal an die Linzer Bevölkerung adressieren zu können. Seit seiner Aufstellung diente der Gedenkstein vor allem den ehemaligen Häftlingen und ihren Angehörigen einmal jährlich als Sammelpunkt für ein Gedenken an die Toten der Linzer Lager.<sup>787</sup>

Seit den 1980er Jahren hat sich der Umgang mit den Orten der ehemaligen Außenlager entschieden geändert. Träger von Initiativen für Denkmalerrichtungen sind nun nicht mehr in erster Linie Überlebende oder Angehörige von Opfern, sondern lokale Gruppen einer jüngeren Generation, die sich kritisch mit der Geschichte des Nationalsozialismus vor Ort auseinandersetzen wollen und selbst nicht aus dem Kreis der Opfer stammen. Betroffenheit über das Geschehene stellt sich hier über die zeitgeschichtliche Auseinandersetzung her, die in Denkmalsetzungen ihren symbolischen Ausdruck findet.<sup>788</sup>

Diese Entwicklung korrespondiert zum einen mit veränderten Sichtweisen auf die NS-Geschichte Österreichs, zum anderen aber auch mit einem gleichzeitig gewachsenen Interesse an regionaler und Alltagsgeschichte und einer „Geschichte von unten“. Nicht zuletzt hat auch die KZ-Forschung in den 1980er Jahren den Blick erstmals auf die Geschichte der Außenlager gerichtet und seitdem das Wissen über die Lager selbst sowie ihre Genese in Zusammenhang mit Kriegswirtschaft und NS-Arbeitskräftepolitik ganz erheblich erweitert. Die Forschungsergebnisse wiederum bieten lokalen Initiativen Möglichkeiten zur öffentlichen Auseinandersetzung mit dieser Geschichte. Umgekehrt stoßen lokale Geschichtsvereine mit ihren Aktivitäten auch zusätzliche Forschungen an. Gemeinsam ist den meisten Initiativen, dass sie sowohl in der Sammlung und Dokumentation als auch der Organisation von Gedenkveranstaltungen und dem Vorantreiben der Historiographie zu den einzelnen Lagern aktiv sind.<sup>789</sup>

Die Forschungsentwicklung hat aber auch ihren Niederschlag in der medialen Beschäftigung mit dem Thema Außenlager gefunden. 1983 strahlte der ORF erstmals auf Basis neuerer Forschungen eine 45 Minuten Dokumentation über das Außenlagersystem des KZ Mauthausen unter dem Titel „Archipel Mauthausen“ von Kurt Langbein und Elizabeth Spira aus, der sich vor allem dem Zusammenhang von Rüstungswirtschaft und KZ-Zwangsarbeit widmete.<sup>790</sup>

## Die Errichtung des „M durch ausländische Op

Für kein anderes ehemaliges K  
bereits gezeigt wurde, die frühe  
Auswirkungen wie für das eben  
aber auch seine räumliche Näh  
tragen, eine ähnlich große Lös  
sen. Die von Landeshauptmann  
beim ehemaligen Krematorium  
macht, Steinbruch und Lagerge  
Die grundsätzliche – maßgeblich  
malpolitische Weichenstellung,  
Republik mit dem Zweck zu über  
Steinbruchbetrieb weiterzuführen  
über Konzentrationslager in Öste  
gemeinschaften in der Regel unter  
als Vernichtungsstätte für die pol  
sen, so steht Gusen in der österr  
Erst seit den 1990er Jahre hat sic  
lokalen Initiative, die Bekanntheit

Diese geringe Beachtung des L  
tung.<sup>792</sup> Die Übernahme von Mauth  
men „Deutsche Erd- und Steinwe  
ein Jahr nach Einrichtung des KZ  
in unmittelbarer Nähe zu den do  
eröffnet und bildete in den Folgej  
ger mit zum Teil selbstständigen V  
erfassung. Wie Mauthausen in die  
allein in der ersten Kriegshälfte  
Steinbruch trat ab 1943 die Arbeit  
Daimler-Puch und Messerschmitt  
des KZ Gusen verlagert hatten. I  
1944 in St. Georgen an der Gusen  
nen Erweiterungen des Lagers un  
Lungitz) führten dazu, dass sich i  
Hauptlager Mauthausen selbst un  
Häftlinge verblieben für längere Z  
Tode. So wie Mauthausen wandel  
lager für die weiter östlich gelege  
hoher Opferzahlen in der Endpha

Die Entwicklung der Nachkrieg  
zu jener von Mauthausen. Zeitg  
mer 1945 unter sowjetische Verw

## Die Errichtung des „Memorial Gusen“ durch ausländische Opferverbände

Für kein anderes ehemaliges Konzentrationslager auf österreichischem Gebiet hatte, wie bereits gezeigt wurde, die frühe staatliche Gedenkstättenerrichtung in Mauthausen so große Auswirkungen wie für das ehemalige KZ Gusen. Die große Ausdehnung des Komplexes aber auch seine räumliche Nähe zu Mauthausen hatten wohl von vornherein dazu beigetragen, eine ähnlich große Lösung wie in Mauthausen nach 1947 gar nicht ins Auge zu fassen. Die von Landeshauptmann Gleißner zunächst erwogene Einrichtung einer Gedenkstätte beim ehemaligen Krematorium kam wegen der Entscheidung der sowjetischen Besatzungsmacht, Steinbruch und Lagergelände als USIA-Betrieb weiter zu nutzen, nicht zustande.<sup>791</sup> Die grundsätzliche – maßgeblich von der sowjetischen Besatzungsmacht getroffene – denkmalpolitische Weichenstellung, den engeren Bereich des ehemaligen KZ Mauthausens der Republik mit dem Zweck zu übergeben, dort eine Gedenkstätte zu errichten, Gusen aber als Steinbruchbetrieb weiterzuführen, hatte enorme Auswirkungen auch auf das Geschichtsbild über Konzentrationslager in Österreich bis heute. Ist das Lager Gusen etwa in Polen, wo Lagergemeinschaften in der Regel unter dem Doppelnamen „Mauthausen-Gusen-Klub“ firmieren, als Vernichtungsstätte für die polnische Intelligenz gleichbedeutend mit dem Lager Mauthausen, so steht Gusen in der österreichischen Erinnerungskultur im Schatten von Mauthausen. Erst seit den 1990er Jahre hat sich, maßgeblich getragen von der Öffentlichkeitsarbeit einer lokalen Initiative, die Bekanntheit von Gusen auch in Österreich erhöht.

Diese geringe Beachtung des Lagers Gusen steht im Gegensatz zu seiner historischen Bedeutung.<sup>792</sup> Die Übernahme von Mauthausener und Gusener Steinbrüchen durch das SS-Unternehmen „Deutsche Erd- und Steinwerke“ unmittelbar nach dem „Anschluss“ führte etwas mehr als ein Jahr nach Einrichtung des KZ Mauthausen zum Aufbau eines zweiten Konzentrationslagers in unmittelbarer Nähe zu den dortigen Steinbrüchen. Das KZ Gusen wurde am 25. Mai 1940 eröffnet und bildete in den Folgejahren gemeinsam mit dem KZ Mauthausen ein Art Doppellager mit zum Teil selbstständigen Verwaltungsstrukturen und lange Zeit auch eigener Häftlingserfassung. Wie Mauthausen in die Lagerstufe III eingeordnet, war der Haftvollzug in Gusen vor allem in der ersten Kriegshälfte auf gezielte Tötung der Häftlinge ausgerichtet. Zur Arbeit im Steinbruch trat ab 1943 die Arbeit in der Rüstungsfertigung, insbesondere für die Firmen Steyr-Daimler-Puch und Messerschmitt, die beide erhebliche Teile ihrer Produktion in den Bereich des KZ Gusen verlagert hatten. Der Bau einer der großen unterirdischen Fabrikanlagen ab 1944 in St. Georgen an der Gusen für die Firma Messerschmitt und die dafür vorgenommenen Erweiterungen des Lagers um Gusen II (und zur Versorgung der Lager auch Gusen III in Lungitz) führten dazu, dass sich im Lager Gusen lange Zeit mehr Häftlinge aufhielten als im Hauptlager Mauthausen selbst und Gusen auch eine höheren Zahl an Toten aufwies. Ca. 60.000 Häftlinge verblieben für längere Zeit in den Gusener Lagern, mindestens 35.000 kamen dort zu Tode. So wie Mauthausen wandelte sich Gusen in der Endphase überdies zu einem Auffanglager für die weiter östlich gelegenen Konzentrationslager mit dem damit verbundenen Effekt hoher Opferzahlen in der Endphase. An die 20.000 Häftlinge wurden in Gusen befreit.<sup>793</sup>

Die Entwicklung der Nachkriegsgeschichte des Lager Gusen verlief nur zum Teil parallel zu jener von Mauthausen. Zeitgleich von der US-Armee befreit, kam auch Gusen im Sommer 1945 unter sowjetische Verwaltung. Im Unterschied zu Mauthausen wurden die in den

Gemeinden St. Georgen und Langenstein gelegenen Wirtschaftsgebäude und die Steinbrüche der SS-Firma „Deutsche Erd- und Steinwerke“ (DESt) als „Deutsches Eigentum“ jedoch als USIA-Betrieb „Sowjetische Granitwerke“ weitergeführt.<sup>794</sup> Das Lager Gusen II war schon – so wie das Sanitätslager („Russenlager“) in Mauthausen – unmittelbar nach der Befreiung von den US-Truppen aus seuchenhygienischen Überlegungen niedergebrannt worden. Die ähnlich wie in Mauthausen verlaufende Devastierung des Lagergeländes von Gusen I wurde nicht durch eine Übertragung an die Republik gestoppt. So vermerkte der KZ-Verband im Herbst 1948 kritisch über den Zustand von Gusen:

„Das Lager Gusen (Gusen I und Gusen II) ist gleichfalls dem Verfall preisgegeben: das Krematorium von Gusen, in welchem zehntausende Opfer aller Nationen verbrannt wurden, steht inmitten von Trümmern dem Wind und Wetter preisgegeben; in der Nähe liegen zerbrochene Klosett-Muscheln und alte Konservendosen herum, keine zehn Meter entfernt sind Kartoffeln und Rüben angebaut.“<sup>795</sup>

Die hölzernen Baracken des Lagers wurde abgetragen und verkauft, andere Bauten des Lagers wurden aber weiter auch als Wohngebäude genützt, so ein Teil der gemauerten SS-Baracken, aber auch die ehemalige „Bordellbaracke“ und das „Jour-Haus“ genannte frühere Eingangsgebäude zum Häftlingslager. Auch ein Teil der Umfassungsmauer und einzelne Wachtürme blieben bis in die 1950er Jahre bestehen.

Abgetragen wurde auch das Krematoriumsgebäude, der darin befindliche doppelte Verbrennungsofen blieb einschließlich des Kamins und des Seziertisches erhalten. Erst nach Abschluss des Staatsvertrages ging das bisher der sowjetischen Besatzungsmacht unterstehende Lagergelände als „Deutsches Eigentum“ in das Eigentum der Republik über. Erhebliche Teile der Wirtschaftsgebäude, die die SS-Firma DESt während des Krieges beim Steinbruch errichtet und die unter anderem den Firmen Messerschmitt und Steyr-Daimler-Puch als Produktionshallen gedient hatten, wurden ebenso wie der große Schotterbrecher zusammen mit dem Steinbruch an die Firma Poschacher verkauft. In den zwei großen zweistöckigen gemauerten Gebäuden des Häftlingslagers kam die Champignonzucht der Firma Danner unter.

Nachdem der Steinbruch und das Lagergelände nicht frei verfügbar waren, wurde der Krematoriumsofen noch in den 1940er Jahren, ohne dass in Gusen eine offizielle Gedenkstätte eingerichtet worden wäre, neben dem von den US-amerikanischen Befreierern eingerichteten Friedhof, für die ehemaligen Häftlinge zum zentralen Bezugspunkt der Erinnerung an das KZ. Um diese „wilde“ Gedenkstätte zu erhalten, ließ die französische Amicale ohne Klärung der Eigentumsfrage den Krematoriumsofen restaurieren und versah diesen mit einem provisorischen Blechdach. Die ganze Anlage wurde mit einer kleinen Granitsteinmauer eingefasst und war Ort jährlicher Gedenk- und Befreiungsfeiern.<sup>796</sup>

Auf dem Ofen waren verschiedene Gedenkplaketten angebracht worden, vor dem Ofen hatte die französische Amicale einen Gedenkstein für die getöteten französischen Deportierten errichtet.<sup>797</sup> 1956 wurde, parallel zur Errichtung eines polnischen Denkmals in Mauthausen, im Auftrag der polnischen Gesandtschaft ein kleiner Obelisk als Gedenkstein errichtet, ohne dass die österreichischen Behörden zuvor damit befasst worden waren.<sup>798</sup>

Das so auf Initiative von ausländischen KZ-Verbänden als Gedenkort gestaltete ehemalige Krematorium war auch – wie der von der US-Armee angelegte Friedhof in Gusen – Schauplatz jährlicher Befreiungsfeierlichkeiten.

Mitte der 1950er Jahre sollte dem. Nachdem der französische Gedenkaktivitäten einbezogen als einziger gestalteter Gedenk

Die Republik als neue Eigentümer erst durch den Wunsch einer jene Parzelle kaufen wollte, auf durch Land und Bund, ob es sich sen handle und der Prüfung dass gegen den Verkauf der der Folge realisiert. Der Krematoriumsteine im Öffentlichen Denkmal lediglich um Verständigung von Vertretungen Frankreichs und zu geben, bezüglich der Wieder in Kenntnis setzen zu können.

Das Innenministerium stellte der die Pflege und Erhaltung von mit Deutschland im Kriegszustand die dem militärischen Ruhm vorbiet gegen Deutschland gekämpft

Der Verbrennungsofen und terien nicht, so das Innenministerium



Das ehemalige Krematorium in Gusen

Mitte der 1950er Jahre sollte sich die Situation in Gusen noch einmal gravierend verändern. Nachdem der französische Suchdienst den Gusener Häftlingsfriedhof in seine Exhumierungsaktivitäten einbezogen hatte und der Friedhof in der Folge aufgelassen wurde, blieb als einziger gestalteter Gedenkort das ehemalige Krematorium.

Die Republik als neue Eigentümerin des ganzen Lagergeländes wurde auf den Gedenkort erst durch den Wunsch einer lokalen Gastwirtin aufmerksam, die im Sommer 1956 genau jene Parzelle kaufen wollte, auf der sich das Krematorium befand. Nach eingehender Prüfung durch Land und Bund, ob es sich dabei um einen Teil des Öffentlichen Denkmals Mauthausen handle und der Prüfung der völkerrechtlichen Verpflichtungen kam man zum Schluss, dass gegen den Verkauf der Liegenschaft keine Bedenken bestünden. Der Verkauf wurde in der Folge realisiert. Der Krematoriumsofen sollte danach abgetragen und die beiden Gedenksteine im Öffentlichen Denkmal Mauthausen aufgestellt werden.<sup>799</sup> Das Außenamt ersuchte lediglich um Verständigung vor einer Verlegung der Gedenksteine, um die diplomatischen Vertretungen Frankreichs und Polens „aus Courtoisiegründen und um ihnen die Möglichkeit zu geben, bezüglich der Wiederaufstellung der Gedenksteine, allfällige Wünsche zu äussern“, in Kenntnis setzen zu können.<sup>800</sup>

Das Innenministerium stellte sich auf den Standpunkt, dass Artikel 19 des Staatsvertrages, der die Pflege und Erhaltung von Kriegsgräbern der Alliierten und anderer Nationen, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befunden hatten, ebenso regelte wie die jener Denkmäler, die dem militärischen Ruhm von Armeen gewidmet sind, die auf österreichischen Staatsgebiet gegen Deutschland gekämpft hatten, nicht anwendbar sei.

Der Verbrennungsofen und die Gedenksteine Frankreichs und Polens erfüllten diese Kriterien nicht, so das Innenministerium. Sie fielen auch nicht unter jenes Gesetz von 1948,



Das ehemalige Krematorium in Gusen, 1949. (Louis Henri Bousset)

das die Fürsorge und den Schutz von Kriegsgräbern und -denkmälern regelte, da sie nicht zum „Öffentlichen Denkmal“ erklärt worden seien. Mit Rücksicht auf das bereits bestehende öffentliche Denkmal Mauthausen samt Steinbruch, das auch der Erinnerung der in den Nebenlagern umgekommenen Häftlinge gewidmet sei, wäre derartige in Gusen auch nicht beabsichtigt.<sup>801</sup>

Die diplomatischen Vertretungen Frankreichs und Polens sollten aber anders reagieren, als es die österreichische Seite offensichtlich erwartet hatte. So ersuchte die französische Botschaft im Auftrag der Amicale, von einer Überführung ihres Gedenksteines in das Öffentliche Denkmal Mauthausen Abstand zu nehmen. Man sei aber bereit, Gespräche zwecks Überführung des Verbrennungsofens und des Gedenksteines in das Innere des ehemaligen Lagers Gusen aufzunehmen.<sup>802</sup> Überdies wandte sich der Präsident des IMK Gilbert Dreyfus direkt an Außenminister Figl und appellierte vehement, von der Auflösung der Gedenkstätte in Gusen Abstand zu nehmen:

„Wir können es nicht fassen, daß das Andenken von Zehntausenden von Kameraden, die in Gusen für Land und Freiheit starben, jemals von diesem Orte ausgewischt werden sollte. Wir wollen um jeden Preis, daß der Ofen des Krematoriums, der Untersuchungstisch und das ihrem Opfer zu Ehren errichtete Monument auf dem Lagerplatz verbleiben, da dieser Ort ein geheiligter Boden für die Geretteten und vor allem für die Familien unserer toten Kameraden von Gusen [ist], die es nicht zulassen könnten, daß ihnen an diesem Orte nichts erhalten bliebe.“

Man verstehe, so Dreyfus, dass die Gemeindevertreter von Gusen bauen wollten, man sei auch bereit, eine „Verlegung der Lagerreminiszenzen auf einen anderen Teil des Geländes ins Auge zu fassen, wie das der Fall war bei dem Lager Ebensee, aber wir könnten es nicht hinnehmen, daß die Reste des Gusenlagers nach Mauthausen transferiert werden sollten.“<sup>803</sup>

Figl stellte sich hinter diese Forderungen und wandte sich an Landeshauptmann Gleißner mit der Erwartung, dass dieser den Wunsch des IMK, den er für berechtigt und was den Kompromissvorschlag betraf, sehr entgegenkommend hielt, unterstützen werde.<sup>804</sup>

Die polnische Gesandtschaft reagierte analog zur französischen Botschaft, verwies angesichts des in Mauthausen bereits bestehenden polnischen Denkmals auf die Sinnlosigkeit einer Verbringung des polnischen Gedenksteines nach Mauthausen und signalisierte grundsätzlich Gesprächsbereitschaft über eine allfällig Verlegung innerhalb des Lagerbereiches Gusen.<sup>805</sup>

Die Involvierung zahlreicher Behörden in diesen Vorgang, die mit dem Ansinnen einer Privatperson, ein kleines Grundstück zu erwerben ausgelöst worden war, bekam durch ein Bauvorhaben eine neue Facette. Die Gemeinde Langenstein, auf deren Gemeindegebiet sich das ehemalige Lager befunden hatte, befasste sich seit 1957 mit der Errichtung einer großen Wohn-Siedlung teilweise auf dem Boden des Lagers Gusen und war dabei, die entsprechenden Grundstücke von der Republik zu erwerben.<sup>806</sup> Die Bebauungspläne schlossen auch jene Liegenschaft ein, auf der sich die Gedenkstätte befand und deren Verkauf Auslöser der Diskussion um deren Verlegung war.

Wohl deshalb sollte Gleißner den Erwartungen Figls auch nicht entsprechen. Als die Gemeinde Langenstein im März 1958 bei der Landesregierung offiziell den Antrag auf Abriss des Krematoriumsofens und Verlegung der Gedenksteine nach Mauthausen stellte, befürwortete das Amt der öö. Landesregierung diesen Antrag gegenüber dem Innenministerium

mit dem nun auf den Kopf gestellt in unmittelbarer Nähe geplant werden“ würde.<sup>807</sup>

Die Gemeinde lehnte auch die Verlegung des Krematoriums und die Verlegung ab, da man das gesamte Gebiet als historische Überreste des Krematoriums im Sinne der Gemeinde vor, den Verbleiben kommen, dass der Ofen zwar abgerissen werden sollten. Ein weiterer Punkt war die Existenz des Krematoriums als würdigen und pietätvollen Monument. Von Oberösterreich aus wurde die Verlegung beseitigen. Landeshauptmann Gleißner im KZ Mauthausen ermordet wurde. Helmer mit dem Vorschlag, die Verlegung sich dezidiert gegen ein Kommando

„Lieber Freund!  
[...] Die gegenständlichen Verhältnisse sind ein Hindernis dar. Die Gemeindeverwaltung möge bei Dir erwirken, daß der Ofen und Verbrennungsofen abgetragen werden und dem das ehemalige KZ Mauthausen. Ich bitte Dich, lieber Freund, die Verlegung zu lassen, denn ich glaube, wenn sie nicht wird, sie am ehesten positiv sein wird. Meiner Meinung nach ist es besser, wenn solche Erinnerungsstücke an Ort und Stelle zu bleiben. Die Gedenksteinen dürfte hier zu wachhalten.“<sup>810</sup>

Helmer musste Bernaschek aber keine Absage erteilen:

„Ich bin mit Dir einer Meinung. Die Angelegenheit in der von Dir angesprochenen aber läßt sich das praktische Vorgehen über die Wege des Bundeskanzleramtes und polnische Regierungsgeschäften

Man müsse eine einvernehmliche Lösung der schwersten Verstimmungen zwischen den beiden Stellen akkordierten Lösungen einbeziehen sollte.“<sup>811</sup>

mit dem nun auf den Kopf gestellten Argument, dass für diese Gedenkstätte die „rings um sie in unmittelbarer Nähe geplante Wohnsiedlung aus Pietätsgründen keine passende Umgebung darstellen“ würde.<sup>807</sup>

Die Gemeinde lehnte auch das Kompromissangebot der französischen Amicale auf Verlegung des Krematoriums und der Gedenksteine in einen anderen Teil des ehemaligen Lagers ab, da man das gesamte Gebiet verbauen wollte.<sup>808</sup> Als störend wurde ganz offenbar der historische Überrest Krematoriumsofen empfunden. Das Innenministerium schlug daher im Sinne der Gemeinde vor, den französischen und polnischen Wünschen soweit entgegenzukommen, dass der Ofen zwar abgerissen, die beiden Gedenksteine aber an Stelle des Ofens gesetzt werden sollten. Ein weiterer noch zu errichtender Gedenkstein sollte auf die frühere Existenz des Krematoriums an dieser Stelle hinweisen. „Diese drei Steine könnten zu einem würdigen und pietätvollen Monument zusammengefaßt und dauern erhalten werden.“<sup>809</sup>

Von Oberösterreich aus wurde aber weiter versucht, die Spuren in Gusen zur Gänze zu beseitigen. Landeshauptmann-Stellvertreter Ludwig Bernaschek, dessen prominenter Bruder im KZ Mauthausen ermordet worden war, wandte sich Anfang Oktober 1958 an Innenminister Helmer mit dem Vorschlag, die Sache vorbei an der Öffentlichkeit zu erledigen und sprach sich dezidiert gegen ein Konzept der Errichtung dezentraler Erinnerungszeichen aus:

„Lieber Freund!

[...] Die gegenständlichen Baulichkeiten stellen beim Siedlungsgrundabverkauf ein Hindernis dar. Die Gemeinde hat sich daher mit dem Ersuchen an mich gewandt, ich möge bei Dir erwirken, daß das Ministerium keine Einwendungen erhebt, daß der Verbrennungsofen abgetragen wird, der Gedenkstein aber in das große Denkmal, zu dem das ehemalige KZ Mauthausen gemacht wurde, übertragen wird.

Ich bitte Dich, lieber Freund, diese Angelegenheit möglichst unauffällig überprüfen zu lassen, denn ich glaube, wenn diese Sache möglichst mit Stillschweigen durchgeführt wird, sie am ehesten positiv erledigt werden könnte.

Meiner Meinung nach ist es ja wirklich nicht notwendig, daß wir an mehreren Stellen solche Erinnerungstücke stehen haben, sondern das Lager Mauthausen mit den vielen Gedenksteinen dürfte hinreichend das traurige Erinnern an die schlimmen Zeiten wachhalten.“<sup>810</sup>

Helmer musste Bernaschek aber in Kenntnis der bereits erfolgten ausländischen Proteste eine Absage erteilen:

„Ich bin mit Dir einer Meinung, daß es wünschenswert wäre, die gegenständliche Angelegenheit in der von Dir vorgeschlagenen ‚unauffälligen Weise‘ zu lösen. Leider aber läßt sich das praktisch nicht durchführen. In der Angelegenheit haben sich im Wege des Bundeskanzleramtes, Ausw.Ang., schon vor längerer Zeit auch französische und polnische Regierungsstellen bzw. Organisationen nachdrücklich eingeschaltet.“

Man müsse eine einvernehmliche Lösung herbeiführen, wenn man nicht „im Auslande die schwersten Verstimmungen hervorrufen“ wolle. Helmer versprach einen mit den ausländischen Stellen akkordierten Lösungsvorschlag auszuarbeiten, der auch „die örtlichen Faktoren“ einbeziehen sollte.<sup>811</sup>



Das Innenministerium legte daraufhin Anfang 1959 zwei Lösungsvorschläge vor, die beide von der Beibehaltung des Standortes ausgingen. Der eine Vorschlag sah die schon erwogene Abtragung des Krematoriumsofens und Zusammenfassung der Gedenksteine an dessen Stelle zu einem Monument vor, der andere die Erhaltung des Krematoriums unter der Bedingung, dass es durch eine Überbauung vor Witterungseinflüssen geschützt werde, wobei die Kosten von den interessierten Stellen getragen werden sollten.<sup>812</sup> Man wollte diese Varianten mit den ausländischen Vertretungen besprechen, sobald konkrete Entwürfe vorlägen.

Die Angelegenheit zog sich nun in die Länge, weil die Gemeinde Langenstein einerseits ihren Bebauungsplan abändern musste, andererseits das Innenministerium auf dem Standpunkt stand, die Gemeinde müsse als interessierte Stelle auch konkrete Vorschläge für beide vorgeschlagenen Varianten ausarbeiten lassen.<sup>813</sup>

Der Gemeindevorstand von Langenstein hatte sich im Februar 1961 einstimmig für die erste vom Innenministerium vorgeschlagene Variante ausgesprochen, also die Ersetzung des Ofens durch ein Denkmal, und legte im April 1961 einen entsprechenden Entwurf vor.<sup>814</sup>

Im März 1961 protestierte das IMK neuerlich gegen eine Beseitigung der historischen Überreste. Im Rahmen eines umfangreicheren Forderungspaktes, dass man dem Innenministerium übermittelte, wurde eine Instandsetzung und Pflege der Krematoriumsanlagen in Gusen und Melk gefordert, um diesen „einen würdigen und pietätvollen Charakter zu verleihen“. Zwischen Ministerium und IMK sollte sich darüber noch eine längere Debatte entwickeln.<sup>815</sup>

Mittlerweile war aber eine neue Entwicklung eingetreten. Um ein mögliches völliges Verschwinden der Gedenkstätte in Gusen zu verhindern, engagierten sich italienische und französische Deportierte nun für ein eigenes Denkmalprojekt Gusen. So trat der italienische KZ-Verband (Associazione Nazionale ex Deportati, ANED) Anfang Oktober 1960 sowohl an die Gemeinde Langenstein als auch an jene Gastwirtin, auf deren Grundstücken sich die Krematoriumsanlage befand, mit dem Ansinnen heran, diese zu erwerben.<sup>816</sup>

Der Gemeinde Langenstein kam dieses Projekt entgegen, da die Initiatoren sich bereit erklärten, das erworbene Grundstück der Gemeinde als Eigentum zu überlassen, das Denkmal auf eigene Kosten zu errichten und die Betreuung des Denkmals zu übernehmen. Im Sommer 1961 wurden entsprechende Verträge unterzeichnet.<sup>817</sup>

Die Initiative zum Ankauf des Grundstückes und zur Errichtung eines Denkmals für Gusen hatte Dr. Ermete Sordo aus Mailand ergriffen, dessen Bruder im KZ Gusen ums Leben gekommen war. Im Rahmen des IMK wurde 1962 ein „Comité du Souvenir du Camp de Gusen“ gegründet, das von Sordo für den italienischen KZ-Verband und von Prof. Roger Heim für die französische Amicale präsiert wurde.<sup>818</sup> Am Projekt des „Monument du Souvenir“, später als „Memorial“ bezeichnet, beteiligten sich neben den Organisationen ehemaliger Deportierter aus Italien und aus Frankreich vor allem auch Lagergemeinschaften aus Belgien und Luxemburg.<sup>819</sup> Die Kosten sowohl für den Kauf des Grundstücks als auch den Bau der Gedenkstätte wurden von den Initiatoren durch Spendenaufrufe ab 1962 in ihren Ländern aufgebracht.<sup>820</sup> Diese Finanzierungsform hatte die französische Amicale de Mauthausen schon bei der Errichtung des Denkmals für die republikanischen Spanier in Mauthausen gewählt. Die größten Beiträge für das „Memorial“ Gusen kamen aus Frankreich, Italien und Belgien, kleinere Spenden kamen auch aus Luxemburg, der Bundesrepublik Deutschland und Österreich. Insgesamt wurden für Grundankauf und Bau des „Memorials“ über 770.000 öS aufgebracht.<sup>821</sup> Die Grundsteinlegung zum „Memorial“ erfolgte im Rahmen der jährlichen Befreiungsfeiern am 12. Mai 1963 durch Dr. Sordo.<sup>822</sup>

Mit dem Entwurf des „Memorial“ wurde die Gruppe BBPR beauftragt, die in Italien zählte.<sup>823</sup> BBPR steht für die Gruppe Barbio de Belgiojoso, Enrico Perini, auch Denkmal und Museum zählte. Die italienische Memorial in Auschwitzzion am 21. März 1944 verbanfti verstarb dort im Alter von 21 Jahren in Gusen.<sup>824</sup> Unter seiner Leitung wurde das ehemalige Krematorium durch eine Überbauung mit Stahlbetonplatten, die den Innenraum des Krematoriums schützten, die Arbeit der Häftlinge beim Abbau der Lagerung der Rüstungsindustrie durch kubische äußere Form und die Überbauung im Bezug auf den Schotterbrecher als ein Zeugnis der Zwangsarbeit und Tod Ausdrucksform, das das gewählte Material Beton, die Form des Schotterbrechers, die Überbauung, lag, wie schon bei den meisten Denkmälern, Wilhelm Schütte, der auch die Initiative der Gemeindevertreter auch nicht für die Initiative dafür ein, vor einer Bauüberbauung sollte insbesondere prüfen, ob die Initiative in der bestehenden Siedlung verbleiben sollte in Umkehrung der Frage, ob der geplante Baukörper in diesem

Im August 1964 erteilte der Gemeindevorstand dem Bürgermeister die Baugenehmigung für das Krematoriumsofen eine Zustimmung.

Die Eröffnung des „Memorial“ Gusen erfolgte am 8. Mai 1965 in Anwesenheit zahlreicher Gäste auf dem Schauplatz jährlicher Befreiungsfeiern der Deportierten und Angehörigen.

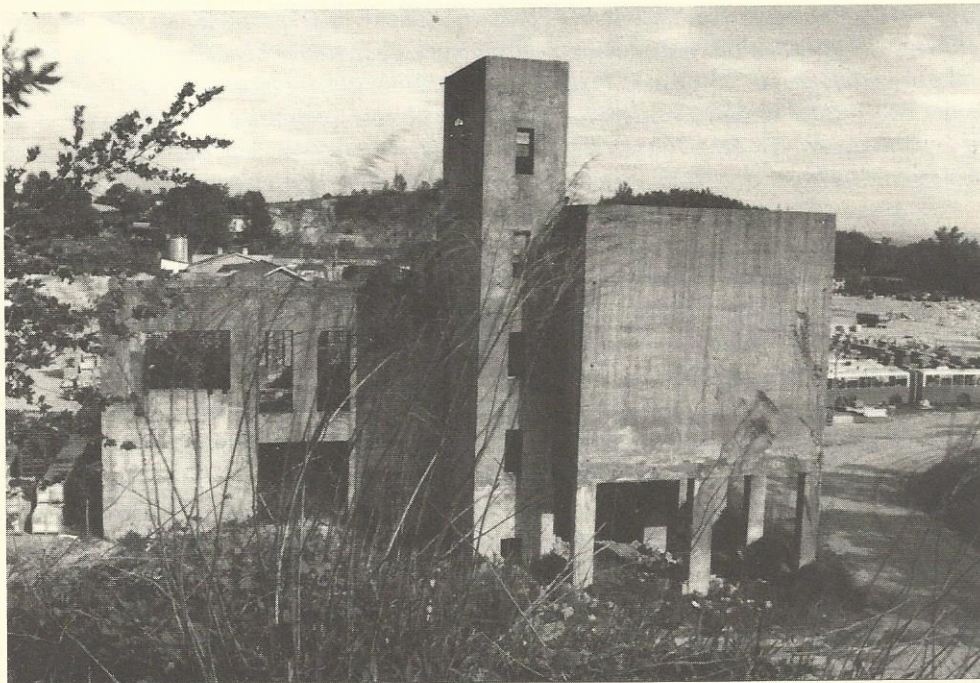
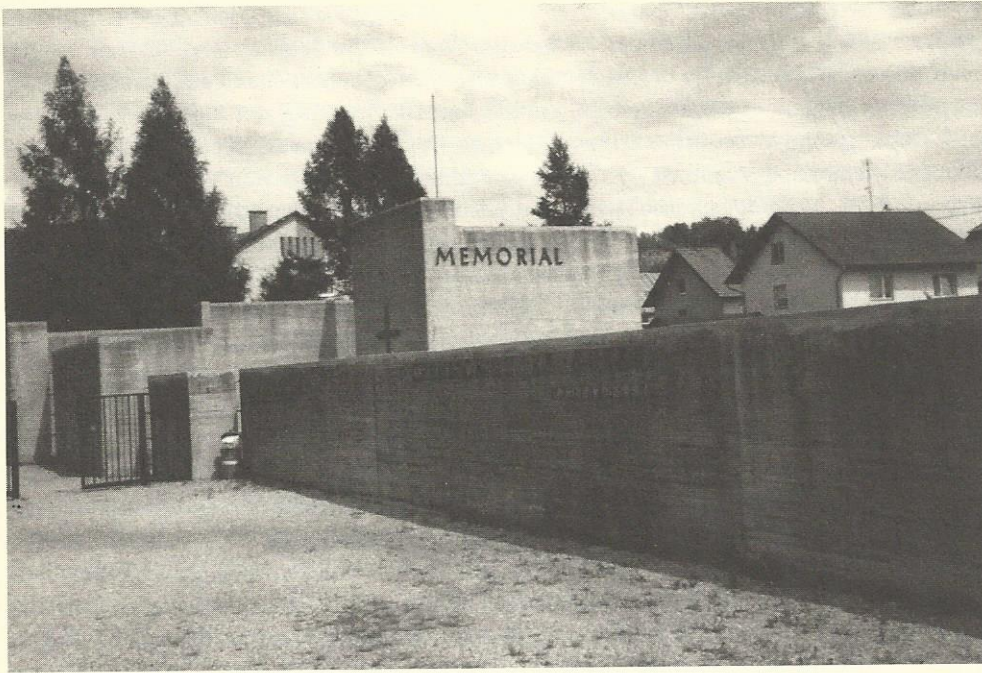
In der Region selbst blieb die Initiative zurück. Das Desinteresse beschränkte sich auf die Region. 1980 konnte im ehemaligen Krematorium Anton Poschacher, ein Bildhauer, die Gestaltung in Linz unter der Leitung von Prof. Schütte, die Präsentation keinen einzigen Besucher. Ein ehemaliges Krematorium in Mauthausen Rosenkranz, eines der Denkmäler, Zeichen aus herabhängenden Statuen setzen“ wollte, lässt einen Bezug

Mit dem Entwurf des „Memorial“ wurde die 1932 gegründete Mailänder Architektengruppe BBPR beauftragt, die in der Nachkriegszeit zu den wichtigsten Architekturbüros Italiens zählte.<sup>823</sup> BBPR steht für die Nachnamen der vier Architekten Gian Luigi Banfi, Lodovico Barbiano de Belgiojoso, Enrico Peressutti und Ernesto Nathan Rogers. BBPR entwarfen später auch Denkmal und Museum zur Erinnerung an die Deportationen in Carpi (1973) und das italienische Memorial in Auschwitz (1979). Banfi und Belgiojoso waren auf Grund einer Denunziation am 21. März 1944 verhaftet und im Juli 1944 nach Mauthausen deportiert worden. Banfi verstarb dort im Alter von 35 Jahren am 10. April 1945, Belgiojoso erlebte die Befreiung in Gusen.<sup>824</sup> Unter seiner Leitung entstand zwischen 1963 und 1965 auf den Fundamenten des ehemaligen Krematoriums das Memorial Gusen, welches in seiner architektonischen Ausführung mit Stahlbetonplatten, die den Krematoriumsofen spiralförmig umschließen, beim Betreten des Innenraumes das Gefühl des Gefangenseins erwecken soll, aber auch als Symbol für die Arbeit der Häftlinge beim Bau des labyrinthartigen Stollensystems zur unterirdischen Verlagerung der Rüstungsindustrie in Gusen und St. Georgen gelesen werden kann. Durch seine kubische äußere Form und die Ausführung in Sichtbeton nimmt das „Memorial“ unmittelbar Bezug auf den Schotterbrecher im Gusener Steinbruch und soll damit dem Zusammenhang von Zwangsarbeit und Tod Ausdruck verleihen. In den Erstentwürfen von BBPR ist zunächst allerdings nur das Labyrinth ausgeführt, der Bezug auf den Schotterbrecher ergibt sich nur durch das gewählte Material Beton.<sup>825</sup> Offensichtlich hatte sich BBPR erst vor Ort entschieden, auch die Form des Schotterbrechers in das Denkmal aufzunehmen.<sup>826</sup> Die Ausführung des Projektes lag, wie schon bei den meisten nationalen Denkmälern in Mauthausen, in den Händen von Wilhelm Schütte, der auch die Einreichung des Projekts vornahm.<sup>827</sup> Allerdings war die Skepsis der Gemeindevertreter auch noch in der Einreichphase zu bemerken. So trat der Bürgermeister dafür ein, vor einer Bauverhandlung die Landesplanungsstelle in Linz einzuschalten. Diese sollte insbesondere prüfen, ob der „Ausbau des Verbrennungsofens im ehem. KZ als Mahnmal in der bestehenden Siedlung vertretbar“ sei. „Die Bevölkerung empfindet“, so der Bürgermeister in Umkehrung der Frage, ob ein Siedlungsbau auf einem KZ-Gelände akzeptabel ist, „den geplanten Baukörper in diesem Ausmass mitten in der Siedlung Gusen fehl am Platze“.<sup>828</sup>

Im August 1964 erteilte die Bezirkshauptmannschaft Perg ungeachtet dieser Bedenken des Bürgermeisters die Baugenehmigung.<sup>829</sup> So war es letztlich gelungen, trotz Erhalt des Krematoriumsofens eine Zustimmung zum Denkmal zu erhalten.

Die Eröffnung des „Memorials“ erfolgte im Rahmen des 20. Jahrestages der Befreiung am 8. Mai 1965 in Anwesenheit zahlreicher ausländischer Besucher.<sup>830</sup> Das „Memorial“ ist seither der Schauplatz jährlicher Befreiungsfeiern in Gusen, die vor allem von ehemaligen ausländischen Deportierten und Angehörigen besucht werden.

In der Region selbst blieb das „Memorial“ die längste Zeit ein wenig beachteter Fremdkörper. Das Desinteresse beschränkte sich jedoch nicht auf die anwohnende Bevölkerung. Noch 1980 konnte im ehemaligen KZ-Steinbruch von Gusen, gesponsert von den Granitwerken Anton Poschacher, ein Bildhauer-Seminar der Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz unter der Leitung von Gottfried Höllwarth stattfinden, das in seiner Ergebnispräsentation keinen einzigen Hinweis darauf enthält, dass die Studierenden ihre Arbeiten in einem ehemaligen KZ-Steinbruch durchführten.<sup>831</sup> Nur das nicht verwirklichte Projekt „Mauthausener Rosenkranz“ eines Seminarteilnehmers, der „die Umwelt mit einbeziehen und ein Zeichen aus herabhängenden Stahlseilen und Stahlkugeln in eine Felswand des Steinbruches setzen“ wollte, lässt einen Bezug zur Geschichte des Ortes zumindest vermuten.<sup>832</sup>



Das „Memorial Gusen“ (oben) und die Überreste des Schotterbrechers im Steinbruch (unten), 8. Mai 1993.  
(Bertrand Perz)

Seitens der Republik gab es von der Bundesregierung kein Verständnis. Die Bundesregierung hatte sich zuvor demonstratives Desinteresse an dem unterstützten Ansuchen der Franzosen im Anfang 1964 von der Bundesregierung als Eigentum der Gemeinde Langenlois. Die Wünsche nach finanzieller Unterstützung vom Innenministerium weigerte sich, Formale Kriterien für ein „Nationales Denkmal“ erklären zu lassen. Die ehemaligen Krematorien sollten nicht als

Ein weiterer Versuch des Innenministeriums, das Memorial der Republik zu erhalten, sollte ebenfalls scheitern. Die Bundesregierung sprach mit dem Finanzministerium über die Gestaltung des öffentlichen Museums in der Gedenkstätte.

Vom IMK wurde die Haltung des Innenministeriums Klaus nochmals darauf verwiesen, dass die Besucher von den ehemaligen Krematorien, „die regionalen und lokalen Verantwortlichen und andererseits das Denkmal im Vergleich zu dem, was der Innenminister Neugierige, aber auch um Familienangehörige. Man hoffte, bei der nächsten Bundesregierung sollte jedoch nicht in Erfüllung gehen. Das Innenministerium übernahm und hielt an. In Gusen bis in die 1990er Jahre wurde das erhalten gebliebene Eingangsbereich des Wohnhaus mit Sonnenterrassen erhalten. Die historische Bausubstanz vorgenommen. Das Innenministerium eine Veranstaltung

Die Situation änderte sich erst nach den Feierlichkeiten in Gusen am 3. Mai 1993. Das „Memorial“ in Gusen in seiner ursprünglichen lokale Initiative in St. Georgen. Die Denkmal- und Geschichtspflege wurde über ein Internet-Homepage rasch international bekannt. Das Geschehen in den Konzentrationslagern zu machen und von der dominanten Populärkultur zu lösen.

2001 gelang es, ein aus dem Innenministerium für die Einrichtung eines Besucherzentrums zu gewinnen.<sup>839</sup> Dieses von den Anwohnern als Besucherzentrum wurde in unmittelbarer Nähe der Untersuchungen in unmittelbarer Nähe

Seitens der Republik gab es, nachdem sich die Opferverbände und die Gemeinde Langenstein verständigt hatten und Artikel 19 des Staatsvertrages nicht zur Anwendung kam, demonstratives Desinteresse an diesem Projekt. So wurde ein von der französischen Botschaft unterstütztes Ansuchen der französischen Amicale, diese nach dem Erwerb des Geländes Anfang 1964 von der Grunderwerbsteuer zu befreien, abgelehnt, obwohl das Grundstück ins Eigentum der Gemeinde Langenstein überging.<sup>833</sup> Die Republik sah auch keine Veranlassung, Wünschen nach finanzieller Unterstützung des Bauvorhabens nachzukommen.<sup>834</sup> Das Innenministerium weigerte sich, Forderungen nachzugeben, das „Memorial“ Gusen zum „Öffentlichen Denkmal“ erklären zu lassen, weil nach Lösung des Problems der Ausgestaltung des ehemaligen Krematoriums keine Veranlassung mehr dazu gesehen wurde.<sup>835</sup>

Ein weiterer Versuch des IMK, das sich im April 1968 an Bundeskanzler Klaus wandte, das Memorial der Republik zu übergeben und damit die Last der Erhaltungskosten loszuwerden, sollte ebenfalls scheitern. Das Innenministerium sah sich als unzuständig, verwies nach Rücksprache mit dem Finanzministerium auf die hohen Aufwendungen für die Erhaltung und Gestaltung des Öffentlichen Denkmals Mauthausen sowie für das in Errichtung befindliche Museum in der Gedenkstätte.<sup>836</sup>

Vom IMK wurde die Haltung der Regierung bedauert und gegenüber Bundeskanzler Klaus nochmals darauf verwiesen, dass bisher alle Kosten einschließlich des Parkplatzes für die Besucher von den ehemaligen Deportierten getragen wurden. Was man verlange sei lediglich, „die regionalen und lokalen Behörden anzuweisen, einerseits das Denkmal zu bewachen und andererseits das Denkmal und dessen Umgebung instandzuhalten“. Dies sei nur wenig „im Vergleich zu dem, was der Zustrom an Touristen, bei denen es sich in vielen Fällen um Neugierige, aber auch um Familien unserer Toten handelt, dem Ort Jahr für Jahr einbringt“. Man hoffte, bei der nächsten Budgeterstellung berücksichtigt zu werden.<sup>837</sup> Dieser Wunsch sollte jedoch nicht in Erfüllung gehen. Die Republik wollte die Verantwortung für Gusen nicht übernehmen und hielt an ihrem Konzept der Zentralisierung des Gedenkens in Mauthausen bis in die 1990er Jahre fest. So war es möglich, dass das noch 1995 das vollständig erhalten gebliebene Eingangsgebäude zum ehemaligen Lager Gusen I („Jour-Haus“) in ein Wohnhaus mit Sonnenterrassen umgebaut und damit schwerwiegende Eingriffe in die historische Bausubstanz vorgenommen wurden, ohne dass das Bundesdenkmalamt oder das Innenministerium eine Veranlassung sahen, tätig zu werden.

Die Situation änderte sich erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Bei den Befreiungsfeierlichkeiten in Gusen am 3. Mai 1997 übernahm das Innenministerium für die Republik das „Memorial“ in Gusen in seine Obhut. Möglich geworden war dies vor allem durch eine lokale Initiative in St. Georgen an der Gusen, die sich aus dem „Arbeitskreis für Heimat-, Denkmal- und Geschichtspflege“ vor Ort entwickelt und vor allem über eine eigene Internet-Homepage rasch international vernetzt hatte.<sup>838</sup> Anliegen der Initiative war und ist es, das Geschehen in den Konzentrationslagern in Gusen I bis III öffentlich stärker bekannt zu machen und von der dominanten Stellung, die die Gedenkstätte Mauthausen in der Erinnerungskultur spielt, zu lösen.

2001 gelang es, ein aus prominenten Persönlichkeiten zusammengesetztes „Personenkomitee Gusen“ für die Einrichtung einer Gedenkstätte/Besucherzentrum in Gusen zu gewinnen.<sup>839</sup> Dieses von den Architekten Herwig Mayer und Karl Peyrer-Heimstatt entworfene Besucherzentrum wurde 2004 im Auftrag des Innenministeriums nach archäologischen Untersuchungen in unmittelbarer Nachbarschaft zum „Memorial“ auf dem Gelände des



Das ehemalige „Jourhaus“ des KZ Gusen während des Umbaus zu einem Einfamilienhaus, 1995. (Bertrand Perz)

früheren Krematoriums errichtet.<sup>840</sup> Eine vom BMI unter Mitarbeit des Autors eingerichtete Dauerausstellung (Gestaltung: Bernhard Denkinger) informiert seit 2005 über die Geschichte des Lagers. Nach Melk und Ebensee besteht nun eine dritte historische Dauerausstellung über ein Konzentrationslager außerhalb von Mauthausen.<sup>841</sup>

## Der KZ-Friedhof Ebensee als Störfaktor des Tourismus

Mit welchen Problemen die Denkmalerrichtung im Bereich der Außenlager, deren bauliche Überreste nicht in derselben Form wie Mauthausen durch einen alliierten Übergabevertrag einem gewissen Schutz unterlagen, oft verbunden war, zeigt die Geschichte der KZ-Gedenkstätte Ebensee eindrücklich.<sup>842</sup>

Das vom 19. November 1943 bis 6. Mai 1945 in unmittelbarer Nähe von Ebensee bestehende Außenlager von Mauthausen diente der Unterbringung jener Häftlinge, die beim Bau unterirdischer Stollenanlagen – Tarnname „Projekt Zement“ – eingesetzt wurden. Die Stollen sollten nach ihrer Fertigstellung die nationalsozialistische Raketenforschung aus dem norddeutschen Peenemünde aufnehmen. Insbesondere sollten hier Entwicklung und Bau der Interkontinentalrakete zur Bombardierung der Vereinigten Staaten vorangetrieben werden. Tatsächlich wurde in einer der beiden Stollenanlagen aber Anfang 1945 eine Treibstoffdestillationsanlage eingebaut, die zweite, noch in Bau befindliche Anlage diente der Firma Steyr-Daimler-Puch zur Produktion von Teilen für Lastkraftwagen und Panzer. Von den fast 27.000 Häftlingen, die in das KZ Ebensee deportiert wurden, verstarben bis zur Befreiung 8.200.<sup>843</sup> Ebensee war damit nach Mauthausen und Gusen das drittgrößte KZ in Österreich.

Im Unterschied zu den meisten Ebensee auf Grund seiner geografischen Konzentration am 6. Mai ten Wochen vor der Befreiung wa portierte aus anderen Lagern gewesen weiter verschlechterte und das Ma beschleunigte. Die SS war auf Gr dazu übergegangen, die Leichen v Krematorium verbrannt werden fanden bei der Befreiung rund 1 sprechend, die eine würdige Besta Bad Ischl gelegenes Grundstück e mer enteignet und dort ein KZ-F wurde mit einem Monument mit d versehen.

Die Befreiung durch die US-A unmittelbaren Nachkriegszeit wi schon durch ihre schiere Anwesen von Zeitschriften auf das Gescheh Publizität.<sup>844</sup> So wie in den andere ung des Lagers Ebensee fotografi in die Medienkampagnen der US Erinnerung an die Befreiung wa auch ausländischer Delegationen e

Das außerhalb von Ebensee g nierungslager für deutsche und ös Lager für „displaced persons“, wa und den DPs vor allem über Vers ter liefen darauf hinaus, das, wie möglichst rasch loszuwerden, Eb Gemeinde verfolgt das Bestreben zigen Ausländer zurückzubehalten

Um dieses Ziel zu erreichen, s Arbeitersiedlung verwendet werd wurde vom Linzer Architekten G Nach der Parzellierung des gesam Bau.<sup>846</sup> Bis dahin waren fast alle E wendet worden.<sup>847</sup> Auch vom eher Auf Antrag des KZ-Verbandes bli gegenteiliger Bemühungen der Be

Auf dem Gelände des ehemali Gedenkstätte. Auf Initiative von 1947/48 auf dem Gelände des von see ums Leben gekommene Mann marmornen Kreuzes mit großer C